



## Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP

### Europäisches Verbot von Mikroplastik

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für ein europäisches Verbot von wesentlich hinzugefügten Mikroplastikpartikeln in Kosmetika einzusetzen und zu prüfen, wie die Abwasserbehandlung verbessert werden kann, um Einträge von Mikroplastik in die Gewässer zu minimieren.

### Begründung:

Mikroplastikpartikel wurden erstmals 2004 vermehrt im Meer und in Meerestieren nachgewiesen. Die Partikel können sich im Verdauungstrakt, im Gewebe und sogar in den Zellen selbst ansammeln. Schadstoffe können von den mikroskopisch kleinen Teilchen aufgenommen und weitergegeben werden. Woher diese Teilchen genau stammen, muss weiter erforscht werden. Es gilt als sicher, dass ein großer Teil der Mikroplastikbelastung der Meere auf Mikroplastikpartikel zurückzuführen ist, die nicht nur aus sekundärem Mikroplastik aus der Zersetzung größerer Makroplastikteile stammen sondern auch aus primärem Mikroplastik aus Produkten und industriellen Anwendungen, wie z. B. Partikel in Reinigungsstrahlern, Rohgranulaten/Pellets, Textilien, Oberflächenbeschichtungen und speziellen Farben sowie bestimmten Kosmetikartikeln. In einige Kosmetikartikel werden absichtlich Mikroplastikpartikel hinzugefügt, um ein besseres Reinigungsergebnis zu erzielen oder um die Packung aufzufül-

len. Zurzeit können diese Partikel, die durch das Abwaschen ins Abwasser gelangen, in Kläranlagen nicht herausgefiltert werden. Diese klar erkennbare und vermeidbare Quelle von Mikroplastikeinträgen kann durch ein Verbot geschlossen werden, das folglich ein zielführender Beitrag zur Reduzierung der Belastung der Meere mit Mikroplastik wäre.

Die USA haben 2015 die Herstellung und den Verkauf von solchen Kosmetika verboten, die absichtlich hinzugefügte Mikropartikel enthalten, ebenso wie Kanada 2016. Irland und Großbritannien haben ein entsprechendes Verbot angekündigt. Ein Verbot auf europäischer Ebene würde diese Bewegung aufnehmen und für eine einheitliche Regelung sorgen.

Heiner Rickers  
und Fraktion

Marlies Fritzen  
und Fraktion

Dennys Bornhöft  
und Fraktion